



Resolution

Für eine zügige Reform des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG)

Die Ampel-Koalition hat im Koalitionsvertrag eine Reform des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) angekündigt, in dem dargelegt wird: „Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) werden wir evaluieren, Schutzlücken schließen, den Rechtsschutz verbessern und den Anwendungsbereich ausweiten.“ Das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz ist 2006 in Kraft getreten. Antidiskriminierungsverbände sowie Migrant*innenselbstorganisationen berichten aus der Praxiserfahrung, dass das Gesetz keinen umfassenden Schutz für die Betroffenen gewährt. Das Gesetz schützt nicht alle Betroffenen von Diskriminierung, es ist nicht auf alle Lebensbereiche anwendbar und die Durchsetzung des Rechts ist für viele mit hohen Hürden verbunden. Diskriminierung ist jedoch eine grobe Verletzung der Menschenrechte und hat in unserer freien Gesellschaft keinen Platz.

100 Organisationen haben am 25.01.2023 gemeinsam als zivilgesellschaftliches Bündnis „AGG Reform-Jetzt!“ eine umfassende Ergänzungsliste zum Gesetz und Stellungnahme mit 11 zentralen Forderungen vorgestellt.

MIGRANET-MV unterstützt das Bündnis „AGG Reform-Jetzt“ und fordert die Bundesregierung auf, dass das AGG zügig reformiert wird. In einem freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat darf es keine Möglichkeit für Ausgrenzung und Diskriminierung geben. Die Betroffenen haben ein Recht darauf, einen umfangreichen Schutz bei Diskriminierungsfällen zu bekommen, was das aktuelle AGG ohne Reform nicht bieten kann.

Einstimmig angenommen bei der Konferenz der MSO am 10. Juni 2023 in Greifswald.